



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

GRÜNE FORDERN INITIATIVE FÜR ARBEITSPLÄTZE UND KLIMASCHUTZ IN DER BAU- UND WOHNWIRTSCHAFT

01.03.2005 Fachinformation

Anlässlich der Konferenz "Klimaschutz am Bau: Neue Arbeit für neue Energien" forderten die Sprecherinnen der Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen, Franziska Eichstädt-Bohlig und Michaela Hustedt, im Interesse neuer Arbeitsplätze die energetische Sanierung von Gebäuden stärker zu fördern. Auch die Verpflichtung, beim Neubau erneuerbare Energien einzusetzen, müsse verstärkt werden. Angesichts des Schrumpfens der Bevölkerung lägen die Perspektiven der Bauwirtschaft heute kaum noch im Neubau, sondern vor allem in der Altbausanierung, in der rund 200.000 Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, hieß es in einer Presse-Erklärung. Deshalb wolle die Fraktion eine Offensive für Arbeitsplätze und Klimaschutz am Bau initiieren. Die Alternativen zum Öl auf dem Wärmemarkt hießen Sanierung und Innovation bei der Anlagentechnik. Ziel müsse zum einen die Reduktion des Wärmebedarfs durch energetische Sanierung des gesamten Gebäudebestandes bis 2040 sein. Zum anderen solle erreicht werden, dass der Anteil der erneuerbaren Energien an der Gesamtwärmeproduktion bis zum Jahr 2020 auf ein Viertel steige. Die Einführung von Energieausweisen für alle Gebäude ab 2006 sei hierbei ein wichtiger Schritt: Er werde die Nachfrage nach energetisch optimierten Gebäuden ansteigen lassen und auf dem Immobilienmarkt erhebliche Energieeinsparinvestitionen auslösen. Das bestehende CO₂-Gebäudesanierungsprogramm sichere bereits heute jährlich rund 25.000 Arbeitsplätze in Bauwirtschaft und Handwerk. Das Altbausanierungsprogramm solle im nächsten Jahr auf mindestens 500 Millionen deutlich aufgestockt werden. Darüber hinaus wolle die Fraktion ein Investitionsprogramm für öffentliche Gebäude, um die Sanierung von Schulen, Sportplätzen, Kindergärten usw. zu unterstützen. Die Potenziale zur Energieeinsparung durch energetische Sanierungsmaßnahmen und zum Umstieg auf Solarthermie, Holzpellets und Erdwärme werden nach Ansicht der Grünen bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Deshalb wolle man sich für die Intensivierung der Fördermaßnahmen über das Jahr 2005 hinaus einsetzen. Hierfür schlugen beide Sprecherinnen vor, beim Neubau die Verpflichtung zum Einsatz von erneuerbaren Energien zu verstärken.

<https://bbu.de/beitraege/gruene-fordern-initiative-fuer-arbeitsplaetze-und-klimaschutz-der-bau-und-wohnwirtschaft>